



Frankfurt am Main, 06. März 2009

Pressemitteilung

Demokratie braucht JEDE Stimme! – Kommunales Wahlrecht für Alle IR beteiligt sich an Kampagne in Hessen und Rheinland-Pfalz

Heute startet in Hessen und Rheinland-Pfalz die Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme! – Kommunales Wahlrecht für Alle“. Der Interkulturelle Rat beteiligt sich gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften der Ausländerbeiräte in Hessen und Rheinland-Pfalz, Wohlfahrtsverbänden und Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen an der Initiative.

Bisher dürfen in Deutschland nur Deutsche und EU-Bürger an den Wahlen zu den Kommunalparlamenten teilnehmen. Dort werden täglich Entscheidungen gefällt, die unmittelbare Auswirkungen auf die Bevölkerung haben:

- Wird in meinem Stadtteil ein zusätzlicher Kindergarten eingerichtet?
- Wird die Straße, in der ich wohne, endlich zur Spielstraße?
- Wird mein Musikverein auch im nächsten Jahr von der Kommune unterstützt?

Anlässlich des Kampagnenstarts erklärte der Geschäftsführer des Interkulturellen Rates, Torsten Jäger, ein „Integrationsland“ wie Deutschland müsse allen dauerhaft und rechtmäßig hier lebenden Menschen - ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit - das Recht auf gleichberechtigte Mitwirkung an solchen Entscheidungen einräumen.

Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Alle sei längst überfällig: „Keine Schule in Deutschland käme auf die Idee, Schülerinnen und Schüler von Klassensprecherwahlen auszuschließen, weil sie nicht Staatsbürger der Europäischen Union sind. Und völlig undenkbar wäre es, wenn das Recht zur Teilnahme an den Mitarbeitervertretungen in den Betrieben von der Staatsangehörigkeit abhängen würde“, so Jäger weiter.

Eine Gesellschaft, die einen großen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungsprozessen ausschließt, gefährde auch ihre demokratischen Grundlagen: „Wenn in einzelnen Stadtteilen heute nur noch 60 Prozent der Bevölkerung das Recht haben, an Kommunalwahlen teilzunehmen, weist das auf ein erhebliches Legitimationsproblem hin“.

Die an der Kampagne beteiligten Organisationen forderten den Gesetzgeber deshalb auf, mit einer Änderung von Artikel 28 GG den Weg zum kommunalen Wahlrecht für Alle freizumachen. „Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten versuchen, mit Informationsständen vor Ort möglichst viele Menschen für unsere Forderung zu gewinnen“, so Jäger weiter. Hierzu habe man kostenlose Informationsmaterialien erarbeitet und unter der Adresse www.kommunales-wahlrecht.de eine Homepage eingerichtet, auf der diese Materialien angefordert werden könnten und weitere Informationen zusammengestellt seien.

Jäger wies abschließend darauf hin, dass die bevorstehenden Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 16. bis 29. März 2009 eine gute Gelegenheit seien, sich mit dem Thema „Kommunales Wahlrecht für Alle“ in Diskussionsveranstaltungen und Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern zu befassen.